Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Staats-archiv Bremen
BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

# Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

## Drucksache / Bremische Bürgerschaft, Landtag 11. Wahlperiode, 1983-84

05.11.1986 - Drucksache 11/764

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Visual Library

**BREMISCHE BÜRGERSCHAFT**
Landtag
11. Wahlperiode

**Drucksache 11/764**
05. 11. 86

## Antrag der Fraktion der SPD

### Muttersprachlicher Unterricht für die Kinder ausländischer Mitbürger

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Das Konzept der schulischen Ausländerpolitik im Lande Bremen verfolgt das Ziel, unsere deutschen und ausländischen Schüler gemeinsam zu unterrichten (keine Nationalitätenklassen!) und ihnen in unserem Schulsystem die gleichen Bildungschancen zu eröffnen. Die Bürgerschaft (Landtag) stellt mit Befriedigung fest, daß die enormen finanziellen Anstrengungen der bremischen Schulpolitik zur Förderung der ausländischen Schüler in den vergangenen Jahren zunehmend erfolgreich gewesen sind, denn inzwischen absolviert ein hoher Anteil ausländischer Schüler sog. ‚weiterführende Bildungsgänge' (im Schuljahr 1985/86 besuchten in der Stadtgemeinde Bremen von den ausländischen Schülern 33 Prozent die Hauptschule, 32,2 Prozent die Realschule, 16,4 Prozent die gymnasiale Mittelstufe, 8,4 Prozent die gymnasiale Oberstufe und 10 Prozent die Gesamtschule). Die Bürgerschaft (Landtag) sieht in dieser Entwicklung ein Indiz dafür, daß die Integration unserer ausländischen Mitbürger in unserer Gesellschaft voranschreitet.

2. Integration soll keineswegs ein Abwenden von der Muttersprache bedeuten, deren Beherrschung und Gebrauch ihren Wert für die Persönlichkeitsentwicklung der ausländischen Schüler behalten. Zu den in jüngster Zeit erhobenen Forderungen — u. a. von GEW, DGB und Ausländervertretungen —, den muttersprachlichen Ergänzungsunterricht in unseren Schulen als ‚Regelunterricht' durchzuführen, stellt die Bürgerschaft (Landtag) fest, daß das Land Bremen die sich aus einer solchen Regelung ergebenen Konsequenzen nicht tragen kann, weil die Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven aus Kostengründen nicht in der Lage sein würden, den muttersprachlichen Unterricht für ausländische Schüler aus über 40 Herkunftsländern eigenverantwortlich zu organisieren.

Es wird daher im Lande Bremen — die Bundesländer Hamburg, Berlin, Baden-Württemberg, Saarland, Schleswig-Holstein regeln dies in gleicher Weise — bei der Regelung bleiben, daß für den muttersprachlichen Unterricht der ausländischen Schüler die jeweils zuständigen Generalkonsulate verantwortlich sind.

3. Ungeachtet dieser Grundsatzentscheidung bestärkt die Bürgerschaft (Landtag) den Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst in seinem Bestreben, den muttersprachlichen Unterricht in unseren Schulen insbesondere für türkische Kinder zu fördern. Im ‚Pädagogisch-inhaltlichen Konzept für die Schulen im Lande Bremen' (PIK), das die Deputation für Bildung im Oktober 1985 beschlossen hat, werden „Lernangebote (gefordert) in der Muttersprache sowie in der Landeskunde — insbesondere für türkische Schüler —, im Wahlunterricht bzw. in Arbeitsgemeinschaften der Jahrgangsstufen 7—10, und zwar in Schulen, die einen relativ hohen Anteil ausländischer Schüler haben. Es ist zu prüfen, ob Türkisch als zweite Fremdsprache angeboten werden kann." (PIK S. 23)

Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt die im Zuge der Umsetzung des PIK bereits durchgeführten Maßnahmen:

— Im Schuljahr 1986/87 gibt es bereits in 17 Schulen in der Stadtgemeinde Bremen muttersprachliche Angebote für türkische Schüler.

— In der Stadtgemeinde Bremerhaven ist im laufenden Schuljahr Türkisch in

Realschule und Gymnasium als 2. Fremdsprache eingeführt worden (7. Jahrgang).

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst auf, diesen Weg zielstrebig weiter zu beschreiten, damit für den muttersprachlichen Unterricht insbesondere der türkischen Schüler im Lande Bremen alles getan wird, was im Rahmen der finanziellen und personellen Möglichkeiten leistbar ist.

Aulfes, Kunick und Fraktion der SPD

Druck: Anker-Druck Bremen